

## Umweltbewusst abgewrackt

Die Autokäufer haben die staatliche Umweltpremie im vergangenen Jahr vor allem in verbrauchsarme Neuwagen investiert. Kleine Benziner waren die Verkaufsschlager, große Dieselfahrzeuge dagegen die Ladenhüter. So stieg der Absatz von Benzinautos im Jahr 2009 um fast 54 Prozent. Die Automobilhersteller verkauften fast dreimal so viele Benziner mit Kohlendioxid(CO<sub>2</sub>)-Emissionen von maximal 120 Gramm pro gefahrenen Kilometer wie 2008 – diese schluckten lediglich bis zu 5,1 Liter Sprit auf 100 Kilometer. Große Benzin-Pkws mit mehr als 200 Gramm

CO<sub>2</sub>-Ausstoß und einem Durchschnittsverbrauch von mehr als 8,4 Litern ließen die Käufer hingegen stehen. Der Absatz von Dieselfahrzeugen ging insgesamt sogar zurück. Nur kleine Diesel konnten zulegen. Bei Fahrzeugen mit höchstens 120 Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoß, die auf 100 Kilometer mit maximal 4,5 Litern Kraftstoff auskamen, betrug das Plus immerhin fast 44 Prozent. Die größeren Diesel mit einem Normverbrauch von über 7,5 Litern bzw. mehr als 200 Gramm CO<sub>2</sub>-Emissionen fanden bei den Autofahrern keinen Anklang – der Absatz sank um gut ein Drittel.

### Neuwagen: Kleine Benziner bevorzugt

Im Jahr 2009 verkaufte Pkws mit dieser Emissionsklasse

| CO <sub>2</sub> -Emissionen in Gramm pro Kilometer | Benzinmotor | Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent | Dieselmotor | Veränderung zum Vorjahr in Prozent |
|----------------------------------------------------|-------------|------------------------------------------|-------------|------------------------------------|
| Bis 120                                            | 299.471     | +194,7                                   | 139.875     | +43,6                              |
| 121 bis 140                                        | 719.971     | +118,3                                   | 238.325     | -1,7                               |
| 141 bis 160                                        | 846.087     | +73,8                                    | 321.324     | -15,5                              |
| 161 bis 180                                        | 437.255     | +11,9                                    | 200.342     | -21,2                              |
| 181 bis 200                                        | 182.539     | -19,0                                    | 112.251     | -20,9                              |
| über 200                                           | 106.801     | -26,1                                    | 135.343     | -36,7                              |

Quelle: Kraftfahrtbundesamt

## In dieser Woche

**Europäische Wohnungsbaukredite:** Quer durch Europa sind die Bedingungen für Baudarlehen sehr unterschiedlich. Die EU-Kommission will daher die Immobilienfinanzierung harmonisieren. Dies würde jedoch die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher einschränken. Seite 2

**Bildung & Ausbildung:** In Zukunft wird es deutlich weniger Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen geben als heute. Allerdings dürften im Jahr 2020 relativ mehr Jugendliche höhere Bildungsabschlüsse vorweisen als derzeit. Seite 3

**Handwerk:** In der schwersten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik hat sich das Handwerk als Stabilitätsanker erwiesen. Zwar sind die Umsätze der fast eine Million Handwerksbetriebe im vergangenen Jahr um circa 5 Prozent gesunken. Doch im Vergleich zum Verarbeitungsgewerbe fiel der Rückgang moderat aus. Seite 4-5

**Großbritannien:** Kurz vor der Unterhauswahl plagen viele wirtschaftliche Probleme das Land. Die neue Regierung wird um einen harten Sparkurs nicht herumkommen. Allerdings konnte sich bislang keine Partei mit einem schlüssigen Konzept zur Haushaltssanierung profilieren. Seite 6

**Stiftungen:** Trotz der Wirtschaftskrise wurden im Jahr 2009 in Deutschland 914 Stiftungen gegründet. Damit sind seit 2000 mehr dieser Einrichtungen entstanden als in der gesamten bundesdeutschen Geschichte zuvor. Seite 7

**Tag der Arbeit:** Zum diesjährigen 1. Mai fordert der DGB ein grundlegendes Umdenken in der Gesellschaft hin zu mehr staatlicher Kontrolle. Ob diese Forderungen den Nerv der Arbeitnehmer treffen, steht dahin. Seite 8

## Europäische Wohnungsbaukredite Angebotspalette erweitern

**Quer durch Europa sind die Bedingungen für Baudarlehen sehr unterschiedlich. Die EU-Kommission überlegt daher bereits seit einigen Jahren, die Immobilienfinanzierung zu harmonisieren. Dies würde jedoch die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher einschränken. Besser wäre es daher, die nationalen Kreditprodukte um ein europäisches Angebot zu ergänzen.\*)**

Wer in Deutschland ein Eigenheim errichtet, der greift üblicherweise auf einen Kredit zurück, dessen Zins für fünf oder zehn Jahre festgeschrieben wird. Die meisten Bauherren steuern zudem eigenes Geld bei, um die vier Wände zu finanzieren.

Im europäischen Ausland sind die Gepflogenheiten anders. Die Spanier z.B. kennen fast ausschließlich Darlehen, deren Zinssatz alle drei bis sechs Monate an die Marktentwicklung angepasst wird. Die Niederländer nehmen oft 120 Prozent des zum Häuslebau benötigten Kapitals als Kredit auf, um etwa auch noch

eine neue Küche bezahlen zu können. Und die Briten bekamen ihr Baudarlehen bis vor einiger Zeit auch, ohne einen Einkommensnachweis vorzulegen.

Angesichts dieser Unterschiede könnte man meinen, dass der europäische Binnenmarkt auf diesem Gebiet nicht funktioniert – zumal weniger als 1 Prozent der Darlehen grenzüberschreitend vergeben wird, also von Anbietern, die im Land des Kunden keine eigene Filiale haben. Daher prüft die EU-Kommission derzeit die Harmonisierung der europäischen Wohnungsbaukredite und der Regeln für ihre Vergabe.

Ein aktuelles Gutachten, das das Institut der deutschen Wirtschaft Köln zusammen mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim und der Universität Bonn erstellt hat, zeigt jedoch, dass sich die unterschiedlichen Baufinanzierungen nicht auf unvollständige Märkte zurückführen lassen. Maßgeblich sind vielmehr die jeweiligen nationalen Gegebenheiten (Grafik):

**In Großbritannien etwa werden sieben von zehn Wohnungen und Häusern von ihren Eigentümern genutzt – in Deutschland beträgt die Wohneigentumsquote dagegen lediglich gut 43 Prozent.**

Den Briten stehen also kaum Mietwohnungen zur Verfügung, und so sind die meisten Haushalte auf den Wohnungskauf angewiesen. Darauf haben sich die britischen Banken eingestellt – sie bieten auch weniger kreditwürdigen Kunden Darlehen an, verlangen dafür jedoch hohe Zinsaufschläge. In Deutschland hingegen gibt es keinen Bedarf an solchen Konditionen, weil die Bundesbürger auf ein breites Angebot an Mietwohnungen zurückgreifen können.

Auch der geringe Anteil an grenzüberschreitenden Immobilienfinanzierungen ist kein Zeichen von unzureichend funktionierenden Märkten. Vielmehr ist entscheidend, dass ein Baudarlehen für die meisten Menschen das größte Kreditgeschäft ihres Lebens darstellt. Sie legen daher – insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Finanzkrise – Wert auf persönliche Beratung und wenden sich vornehmlich an Banken vor Ort. Ausländische Kreditanbieter haben es daher schwer, zumal sie kaum mit niedrigeren Zinssätzen punkten können. Denn die Kosten der Darlehen unterscheiden sich letztlich kaum.

Vor diesem Hintergrund würde die von der EU-Kommission angestrebte Harmonisierung zwar zu einheitlichen Regeln und Produkten führen, die aber die nationalen Besonderheiten außer Acht lassen und die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher einschränken. Zugleich wären auch in einem solchen harmonisierten Markt grenzüberschreitende Kredite weiterhin Mangelware.

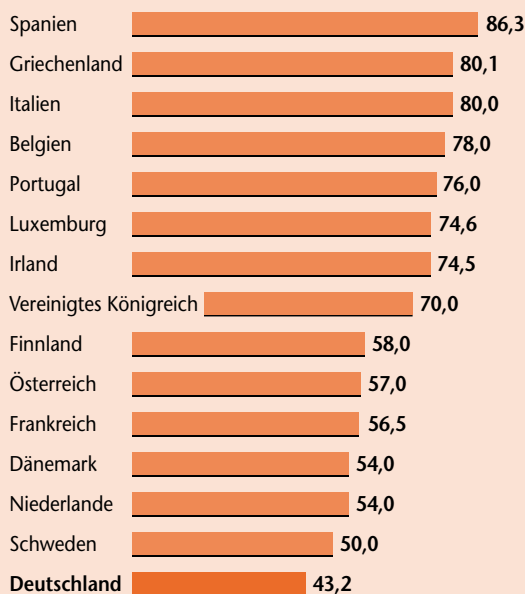
Die EU sollte daher besser einen Rahmen schaffen, der es den Banken erlaubt, zusätzlich ein europaweit einheitliches Darlehen anzubieten. Dieses könnte dann mit den nationalen Angeboten um die Gunst der Haus- und Wohnungskäufer konkurrieren und so den Wettbewerb stärken, statt die Entscheidungsmöglichkeiten der Verbraucher einzuschränken.

Sinnvoll wäre es in diesem Zusammenhang auch, wenn rechtliche Hindernisse bei der grenzüberschreitenden Darlehensvergabe aus dem Weg geräumt würden. So bieten etwa deutsche Banken bislang in Frankreich keine Darlehen an. Der Grund: Dort ist es den Finanzinstituten verboten, von einem Kunden, der sein Darlehen vorzeitig tilgt, eine vollständige Kompensation für die ihnen entgangenen Zinsen zu verlangen. Für deutsche Banken ist dies jedoch geschäftlicher Standard.

\*) Vgl. Michael Voigtländer u.a.: Ein europäischer Binnenmarkt für die Wohnungsbaufinanzierung, Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen Nr. 73, domus:vs, Berlin 2010, erscheint in Kürze

### Wohneigentum: Große Unterschiede in Europa

So viel Prozent aller Wohnungen werden von den Eigentümern selbst genutzt



© 2010 IWD Medien - iwd 17

## Absolventen: Blick ins Blaue

Die Bildungslandschaft verändert sich – in Zukunft gibt es deutlich weniger Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen als heute. Allerdings dürften im Jahr 2020 mehr Jugendliche höhere Bildungsabschlüsse vorweisen als derzeit.

**Schule.** In zehn Jahren werden in Deutschland aufgrund der niedrigen Geburtenraten nur noch etwa 780.000 junge Leute die Schule mit einem Abschluss verlassen; das sind 120.000 weniger als heute. Die gute Botschaft dabei ist: Die künftigen Schüler dürften vermehrt höhere Abschlüsse anstreben, also die Fachhochschulreife und das Abitur. Die schlechte Nachricht: An der Quote der Schulabbrecher wird sich voraussichtlich nichts ändern.

**Berufsschule.** Wenn alles so kommt wie von der Kultusministerkonferenz prognostiziert, dann dürfte der Absolventenrückgang an den beruflichen Schulen 2020 mit einem Minus von fast 17 Prozent noch stärker ausfallen als an den weiterführenden Schulen (minus 13,5 Prozent). Ein Grund dafür ist der Trend zu höheren Schulabschlüssen, der für einen stärkeren Zustrom an die Hochschulen sorgen wird. Besonders stark schrumpfen dürften demnach die Teilnehmerzahlen in der Berufsvorbereitung. Relativ gering hingegen wird wohl der Schwund an den Fachschulen sein, wo vor allem die Ausbildung in den Gesundheits- und Sozialberufen stattfindet – einem Arbeitsmarkt mit großem Wachstumspotenzial.

**Hochschule.** Wie viele Absolventen die Unis und Fachhochschulen hervorbringen, hängt wesentlich von der sogenannten Übergangsquote ab: dem Anteil der Studienberechtigten eines Jahrgangs, die tatsächlich ein Studium aufnehmen. In den vergangenen Jahren schwankte dieser Wert um die 80-Prozent-Marke. Angesichts des Fachkräftebedarfs wäre allerdings eine Quote von 85 Prozent wünschenswert: Dann gäbe es in Deutschland 2020 etwa 8 Prozent mehr Hochschulabsolventen als heute.



## Bildung & Ausbildung

### Schulen 2020: Deutlich weniger Absolventen

Absolventen und Abgänger an allgemeinbildenden Schulen

|                                                               | 2009           | 2020           | Veränderung in Prozent |
|---------------------------------------------------------------|----------------|----------------|------------------------|
| ohne Hauptschulabschluss                                      | 64.340         | 56.270         | -12,5                  |
| mit Hauptschulabschluss                                       | 199.200        | 160.600        | -19,4                  |
| mit Realschulabschluss/mittlerem Abschluss/Fachoberschulreife | 357.500        | 299.300        | -16,3                  |
| mit Fachhochschulreife                                        | 14.020         | 12.600         | -10,1                  |
| mit Hochschulreife                                            | 267.500        | 251.980        | -5,8                   |
| <b>Insgesamt</b>                                              | <b>902.560</b> | <b>780.750</b> | <b>-13,5</b>           |

2009, 2020: Prognose  
Ursprungsdaten: Kultusministerkonferenz

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

### Berufliche Schulen 2020: Fast alle leiden

Absolventen und Abgänger an beruflichen Schulen

|                                | 2009             | 2020           | Veränderung in Prozent |
|--------------------------------|------------------|----------------|------------------------|
| Berufsschulen                  | 574.900          | 480.100        | -16,5                  |
| Berufsvorbereitungsjahr        | 65.300           | 55.360         | -15,2                  |
| Berufsgrundbildungsjahr        | 39.590           | 30.540         | -22,9                  |
| Berufsfachschulen              | 281.100          | 221.200        | -21,3                  |
| Berufs-/Technische Oberschulen | 11.940           | 12.180         | 2,0                    |
| Fachgymnasien                  | 38.740           | 32.680         | -15,6                  |
| Fachoberschulen                | 67.270           | 57.100         | -15,1                  |
| Fachschulen                    | 57.910           | 55.810         | -3,6                   |
| <b>Insgesamt</b>               | <b>1.140.350</b> | <b>948.570</b> | <b>-16,8</b>           |

2009, 2020: Prognose; Berufsschulen: einschließlich Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form; insgesamt: einschließlich Berufsaufbauschulen und Fachakademien  
Ursprungsdaten: Kultusministerkonferenz

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

### Hochschulen 2020: Mal mehr, mal weniger Studenten

Absolventen von Hochschulen und Berufsakademien

|                  | 2008           | Bei einer Übergangsquote von ... | 2020           | Veränderung in Prozent |
|------------------|----------------|----------------------------------|----------------|------------------------|
| Universitäten    | 178.650        | 75 Prozent                       | 168.300        | -5,7                   |
|                  |                | 85 Prozent                       | 185.800        | 4,0                    |
| Fachhochschulen  | 97.200         | 75 Prozent                       | 100.300        | 3,2                    |
|                  |                | 85 Prozent                       | 111.800        | 15,0                   |
| Berufsakademien  | 9.150          | 75 Prozent                       | 8.700          | -4,9                   |
|                  |                | 85 Prozent                       | 9.900          | 8,2                    |
| <b>Insgesamt</b> | <b>285.000</b> | 75 Prozent                       | <b>277.300</b> | <b>-2,7</b>            |
|                  |                | 85 Prozent                       | <b>307.500</b> | <b>7,9</b>             |

Übergangsquote: Prozentsatz der Studienberechtigten eines Jahrgangs, die endgültig ein Studium aufnehmen; Berufsakademien 2008: Schätzung; 2020: Prognose; Ursprungsdaten: Kultusministerkonferenz, Wissenschaftsrat

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Handwerk

# Fast ohne Schrammen durch die Krise

**Das Handwerk hat sich in der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als Stabilitätsanker erwiesen. Zwar sind die Umsätze der fast eine Million Handwerksbetriebe im vergangenen Jahr um circa 5 Prozent auf 488 Milliarden Euro gesunken. Doch im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe, mit dem das Handwerk vielfach eng verbunden ist, fiel der Rückgang moderat aus.**

Wie in der Industrie und dem Dienstleistungssektor ist auch im Handwerk die Finanzkrise nicht zur Jobkrise geworden: Die Zahl der Beschäftigten blieb in der Branche mit 4,75 Millionen relativ stabil: Sie ging 2009 lediglich um 1 Prozent gegenüber dem Boomjahr 2008 zurück (Grafik).

Und selbst dieser Jobverlust ist nicht unbedingt auf die Krise zurückzuführen. Denn schon seit Mitte der 1990er Jahre büßt das Handwerk kontinuierlich Arbeitsplätze ein. So waren in der ersten gesamtdeutschen Handwerkszählung 1994 noch etwa 6,7 Millionen Personen in den Berufen mit goldenem Boden tätig, 2009 aber 2 Millionen weniger.

Diese Entwicklung überrascht eigentlich nicht, denn das Handwerk lebt vornehmlich von der Bautätigkeit. Gerade nach der Wiedervereinigung brummt die Geschäfte – flauten aber peu à peu ab. Und seit 1996 schrumpft der Bau in Ost und West fast durchgehend. Damit ist er ein Vorbote der Bevölkerungsentwicklung.

Dass die Wirtschaftskrise das Handwerk nur geschrammt hat, verdankt es auch der Bundesregierung und ihren Konjunkturpaketen. Die Kommunen haben jetzt das Geld, um Schulen und andere öffentliche Gebäuden zu sanieren:

**Inzwischen sind 83 Prozent der für Baumaßnahmen vorgesehenen 10 Milliarden Euro vergeben oder zumindest verplant.**

Dabei sah es zunächst so aus, als würden die staatlichen Konjunkturprogramme wirkungslos verpuffen. Denn die Auftragsvergabe lief recht schleppend an –

das ist aufgrund der langen Vorlaufzeiten in der Planung öffentlicher Bauten aber kein Wunder. Das Baugewerbe musste dementsprechend im Jahr 2009 einen deutlichen Rückschlag hinnehmen. Im Bauhauptgewerbe sank der Umsatz um fast 7 Prozent, im Ausbaugewerbe um etwa 3 Prozent.

Anschließend litt der Bau auch noch unter der winterlichen Schockstarre. Für den Rest dieses Jahres ist aber mit einer deutlichen Belebung zu rechnen. Die KfW-Bankengruppe erwartet nunmehr sogar leichte Zuwächse im Wohnungsbau, der etwa die Hälfte der gesamten Bauleistungen umfasst.

Die größten Probleme hatten 2009 jedoch Handwerksbetriebe, die der Industrie zuliefern, wie etwa der Metallbau. In diesen „Handwerken für den gewerblichen Bedarf“ sackte der Umsatz um fast 18 Prozent ab. Angesichts des regelrechten Absturzes der Industrieproduktion um etwa ein Fünftel war das indes eine fast logische Folge.

Neben den Verlierern der Wirtschaftskrise gab es auch Gewinner und Bereiche, die ohne Blessuren davongekommen sind:

**Kfz-Gewerbe.** Es verbesserte seinen Umsatz 2009 um knapp 2 Prozent. Die staatliche Umweltprämie – im Volksmund Abwrackprämie genannt – bescherte der Branche eine Sonderkonjunktur. Im laufenden Jahr wird es hier aber wohl abwärts gehen, da zum einen die Autoverkäufe auf ein Normalmaß zurückfallen – im 1. Vierteljahr 2010 betrug das Minus ein Fünftel gegenüber dem Vorjahresquartal. Zum anderen haben

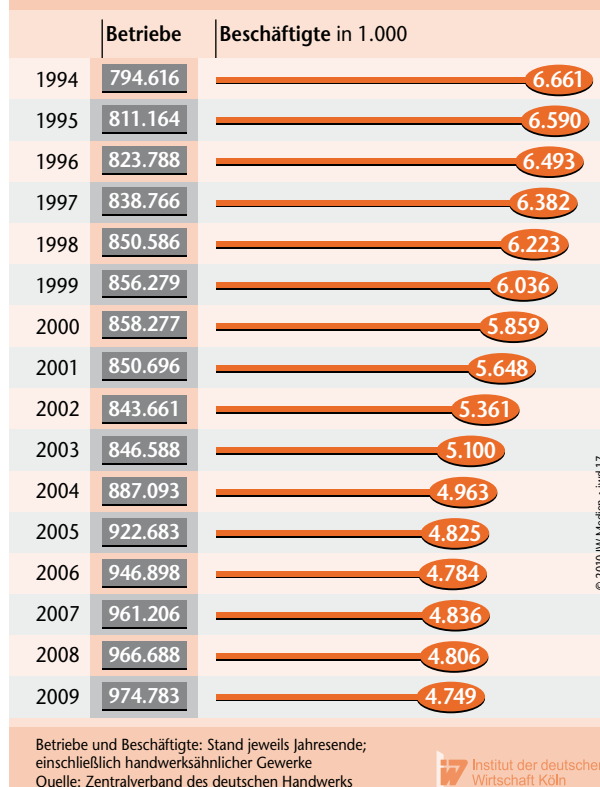
sich die Fahrzeughalter aufgrund der Prämie und zahlreicher Sonderangebote von vielen älteren, reparaturanfälligen Rostlauben getrennt. In den Werkstätten gibt es entsprechend weniger zu tun.

**Gesundheitsbezogene Handwerke.** Hierzu zählen etwa Augenoptiker und Zahntechniker. Das Gesundheitshandwerk konnte 2009 seine Umsätze um 1 Prozent erhöhen. Der Grund: Der Gesundheitssektor ist nicht konjunkturabhängig und profitiert zudem von der demografischen Entwicklung, denn Ältere sind öfter krank als Jüngere.

**Dienstleistungshandwerke.** Sie haben 2009 zumindest das Vorjahresniveau erreicht. Der robuste Arbeitsmarkt in Deutschland hat dafür gesorgt, dass den Verbrauchern zum Beispiel das Geld fürs Haarschneiden nicht ausgegangen ist.

Das Nahrungsmittelgewerbe – Bäcker und Co. – musste hin-

## Handwerk: Mehr Betriebe – weniger Beschäftigte





gegen Umsatzeinbußen von 1 Prozent verdauen. Möglicherweise macht sich hier schon bemerkbar, dass die Bevölkerung schrumpft – weniger Menschen essen schließlich auch weniger.

Grundsätzlich hat das Handwerk als Berufsfeld nicht an Anziehungskraft eingebüßt. Im Gegenteil. Die Zahl der Unternehmen steigt seit Jahren:

**Mit 975.000 erreichte die Zahl der Betriebe im Handwerk und in den handwerksähnlichen Gewerben 2009 sogar einen neuen Höchststand.**

Dabei geht der Trend zum Kleinbetrieb. Im Durchschnitt beschäftigten 1994 die circa 800.000 Betriebe einschließlich der Eigentümer selbst noch 8,4 Mitarbeiter. Heute zählt eine Durchschnittsfirma lediglich 4,9 Beschäftigte.

Dass die Zahl der Handwerksbetriebe kräftig zugelegt hat, geht vor allem auf eine Reform der Handwerksordnung zurück. Seit ihrer Novellierung 2004 braucht man in vielen Berufen keinen Meisterbrief mehr, um einen Betrieb zu gründen oder zu führen (Kasten). Voraussetzung: Es geht keine Gefahr von der Tätigkeit aus.

Ein zusätzliches Kriterium für die Ausnahmeregelung war die Bedeutung

## Handwerk: Viele Meister am Bau

Handwerke, deren Ausübung einen Meisterbrief verlangen, 2009

|                                            | Betriebe       | Umsatz<br>in Milliarden<br>Euro | Beschäftigte<br>in 1.000 |
|--------------------------------------------|----------------|---------------------------------|--------------------------|
| Ausbaugewerbe                              | 216.837        | 107,6                           | 1.000                    |
| Bauhauptgewerbe                            | 92.243         | 77,5                            | 609                      |
| Personenbezogene<br>Dienstleistungsgewerbe | 91.180         | 7,9                             | 231                      |
| Kraftfahrzeuggewerbe                       | 70.637         | 125,1                           | 517                      |
| Handwerke für den<br>gewerblichen Bedarf   | 69.385         | 67,2                            | 533                      |
| Nahrungsmittelgewerbe                      | 35.709         | 40,5                            | 514                      |
| Gesundheitsgewerbe                         | 26.026         | 10,7                            | 135                      |
| <b>Insgesamt</b>                           | <b>602.017</b> | <b>436,5</b>                    | <b>3.539</b>             |

Quelle: Zentralverband des Deutschen Handwerks

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln



des Gewerkes für den Ausbildungsmarkt: Um einen qualitativ und zahlenmäßig hohen Stand der Ausbildung zu gewährleisten, wurden wichtige Ausbildungsberufe ebenfalls nicht vom „Meisterzwang“ befreit, selbst wenn die Gefahren bei unsachgemäßer Ausführung der Leistung eher gering sind. Dennoch:

**Die Zahl der vom Meisterzwang befreiten Betriebe stieg seit dem Jahr 2004 um fast 150 Prozent auf inzwischen 186.000.**

Beflügelt wurde die Entwicklung bei den zulassungsfreien Handwerksbetrieben durch den zeitgleichen EU-Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten, insbesondere Polens. Da der Arbeitsmarkt weiter zugangsbeschränkt war – und bis 2011 immer noch ist – nutzten nicht wenige Handwerker aus den neuen Mitgliedsländern die Niederlassungsfreiheit für Selbstständige und gründeten einen kleinen Betrieb.

Ein weiterer Grund für den Gründungsboom waren die Reformen der Agenda 2010 – Stichwort „Ich-AG“. Durch dieses inzwischen wieder abgeschaffte Förderinstrument für Mini-Unternehmen entstanden auch viele neue Betriebe in den zulassungsfreien Handwerken. Die Zahl der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze war jedoch sowohl bei den ausländischen Entrepreneuren wie bei den Ich-AGs ziemlich gering.

Den Kern des Handwerks machen damit nach wie vor die 41 weiterhin zulassungsbeschränkten Berufe aus. Immerhin schaffen in diesem Segment noch immer drei von vier Handwerkern. Am bedeutendsten ist das Ausbaugewerbe mit 217.000 Betrieben und einer Million Beschäftigten (Grafik).

Insgesamt zählten die Handwerksbereiche, in denen der Inhaber einen Meisterbrief oder – in manchen Berufen – eine vergleichbare Qualifikation wie beispielsweise einen Studienabschluss oder langjährige Berufserfahrung vorweisen muss, im vergangenen Jahr noch 3,5 Millionen Mitarbeiter.

## Novelle der Handwerksordnung

Die Regierung Schröder hat im Rahmen der „Agenda 2010“ auch die Handwerksordnung reformiert. Die 94 Handwerke wurden hierzu aufgeteilt in solche Berufe, die man fortan ohne Meisterbrief selbstständig ausüben durfte, und „gefahrgeneigte“ Handwerke, in denen die Unternehmensführung weiterhin nur Meistern vorbehalten ist.

Anfang 2004 trat die Neuregelung in Kraft. Hauptziel war es, mehr Wettbewerb im stark regulierten Handwerk zuzulassen und die Selbstständigkeit zu fördern. Die Reform erschien auch vor dem Hintergrund des EU-Rechts notwendig, da nach den Regeln des freien Marktzugangs ausländische Gewerbetreibende kaum vom deutschen Markt ferngehalten werden können, wenn sie eine Zulassung ihres Heimatlandes besitzen.

Damit bestand die Gefahr einer Inländerdiskriminierung, weil ausländische Handwerker hierzulande ohne den „großen Befähigungsnachweis“ – den Meisterbrief – tätig werden können, während Inländer diesen bis dahin generell brauchten.

Seither müssen 53 Berufsgruppen wie z.B. Parkettleger, Raumausstatter oder Ge-

bäudereiniger nicht mehr einen Meistertitel vorweisen, um sich selbstständig zu machen.

Aber auch in den 41 Handwerken, für die der Meisterbrief prinzipiell weiterhin gefordert wird, gab es Lockerungen: So kann ein erfahrener Geselle mit sechs Jahren Berufserfahrung ebenfalls einen Betrieb gründen. Ferner ersetzt ein Ingenieurstudium den Meisterbrief. Und es ist möglich, ein Unternehmen ohne Meistertitel aufzumachen, wenn man für die Geschäftsführung einen Meister einstellt.

Insgesamt sind 56 Prozent der Handwerke vom Meisterzwang befreit. Das ist jedoch eher ein Tropfen auf dem heißen Stein. Denn die Novellierung betraf 2004 gerade einmal 11 Prozent der Betriebe.

Zentrale Handwerksbereiche wie Maurer, Maler oder Friseur blieben zulassungsbeschränkt. Ausschlaggebend hierfür war jedoch nicht das Kriterium der „Gefahrneigung“, sondern die Tatsache, dass diese Gewerke einen großen Beitrag zur Ausbildung leisten. Die Regierung befürchtete, dass bei der Verdrängung von Meistern durch Neueinsteiger die Ausbildungsquote sinkt.

## Qualifikationen von Migranten anerkennen



Die Hälfte aller beruflich qualifizierten Zuwanderer hat ihren Abschluss im Ausland erworben. Damit sich diese Menschen möglichst schnell integrieren, müssen sie ihre ausländischen Qualifikationen hierzulande verwenden können.

Auf dem Arbeitsmarkt wird ein ausländisches Diplom oder Zertifikat aber am ehesten akzeptiert, wenn eine deutsche Institution es bewertet hat. Hier existieren derzeit zwei Welten: Ein Bewertungsverfahren für alle Berufe steht momentan nur Spätaussiedlern offen. Bürger der Europäischen Union können nur in sogenannten reglementierten Berufen ein formales Gutachten erhalten. Für Drittstaatler gibt es noch weniger Möglichkeiten.

Die Bundesregierung hat die Problematik erkannt und plant ein Anerkennungsgesetz, das für alle Migranten mit ausländischen Qualifikationen und für alle Abschlüsse Bewertungsverfahren vorsieht. Auch soll die Bewertungspraxis künftig mithilfe eines Informationsportals effektiver und effizienter gestaltet werden.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat deshalb im Dezember 2009 das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und die IFOK GmbH beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, wie ein „berufs- und länderübergreifendes Informationsportal zur Erschließung der Beschäftigungspotenziale von Migranten und Migrantinnen“ aufzubauen wäre. Das Portal soll vor allem für die Bewertung ausländischer Qualifikationen im berufsbildenden Bereich außerhalb der Hochschulen dienen und von Kammern, Arbeitgebern, den Zuwanderern selbst sowie von Beratungsorganisationen genutzt werden können.

IW Köln und IFOK ermitteln nun gemeinsam, welche Informationen in welcher Form im Portal gespeichert werden sollen. So würden etwa Übersichten über die ausländischen Berufsausbildungssysteme und ihr Vergleich mit dem deutschen System die Arbeit der zuständigen Stellen vereinfachen. Diese könnten sich untereinander über Kriterien sowie Ergebnisse der Bewertungen austauschen und die Verfahren beschleunigen. Eine Übersicht der Erstanlaufstellen sowie eine Liste mit vorzulegenden Unterlagen wäre zudem eine wichtige Information für die Zuwanderer selbst.

## Großbritannien

# Neuer Premier muss sanieren

**Kaum Wachstum, eine hohe Arbeitslosigkeit und tiefe Löcher in der Staatskasse: Das ist Großbritannien kurz vor der Unterhauswahl. Die neue Regierung wird um einen harten Sparkurs nicht herumkommen. Allerdings konnte sich bislang keine der großen Parteien mit einem schlüssigen Konzept zur Haushaltssanierung profilieren.**

Am 6. Mai wählen die Briten ein neues Parlament. Doch wer als Sieger aus den Unterhauswahlen hervorgehen wird, ist so unsicher wie lange nicht mehr: Um die Gunst der Briten kämpfen der amtierende Premierminister Gordon Brown, David Cameron aus dem konservativen Lager und der Liberale Nick Clegg, der in den vergangenen Wochen als Vertreter des Wandels in den Umfragen unerwartet stark punkten konnte.

Doch wie auch immer der neue Regierungschef heißen wird, an Arbeit wird es ihm nicht mangeln. Denn drei große Wirtschaftsfelder müssen in Großbritannien dringend bearbeitet werden:

- **Konjunktur.** Auf dem britischen Wirtschaftssacker sind die Erträge zuletzt ganz schön geschrumpft – infolge der Krise ging das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um 5 Prozent zurück. Und auch in diesem sowie im kommenden Jahr dürfte die Ernte nicht allzu üppig ausfallen: Das Wirtschaftswachstum wird voraussichtlich zwischen 0,5 und 1,5 Prozent betragen. Hauptursache dafür sind die immensen Vermögensverluste, die die Briten vor allem bei ihren Immobilien

und Aktienanlagen erlitten haben. Ähnlich wie in den USA schränken die privaten Haushalte deshalb ihren Konsum derzeit stark ein.

- **Arbeitslosigkeit.** Anders als in Deutschland hat die Krise die Beschäftigungssituation deutlich verschlechtert. In diesem Jahr dürfte die Arbeitslosenquote in Großbritannien auf 8 Prozent, vielleicht sogar auf 9 Prozent klettern. So hoch war die Arbeitslosigkeit zuletzt Mitte der 1990er Jahre.

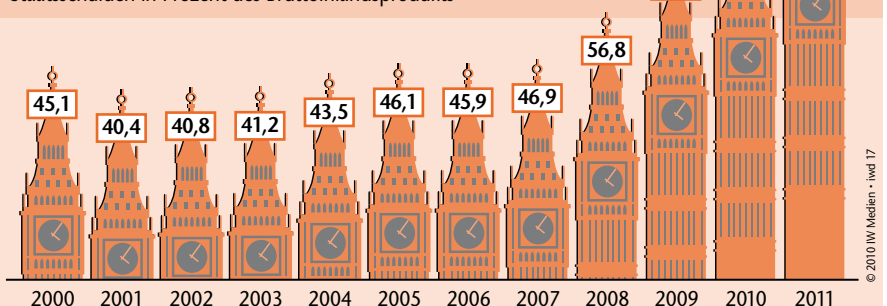
- **Verschuldung.** Steigende Arbeitslosigkeit und ein Einbruch der Wirtschaftsleistung haben tiefe Löcher in die Staatskasse gerissen (Grafik):

**Der Schuldenstand Großbritanniens wird in diesem Jahr auf mehr als 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Zwischen 2000 und 2006 lag die durchschnittliche Verschuldung nur bei 43 Prozent.**

Es muss gespart werden, so viel steht fest. Doch bislang hat keiner der drei Wahlkämpfer erklärt, wie genau sein Plan zur Haushaltskonsolidierung aussieht: Labour-Premierminister Brown will das Defizit in den nächsten vier Jahren halbieren, äußert sich aber nicht dazu, wie. Auch die Konservativen und Liberalen halten sich mit Ideen, wo gespart werden könnte, zurück. Manche Experten rechnen angesichts des hohen Haushaltsdefizits und der Konsumflaute deshalb mit einer neuerlichen Abwertung des Pfunds gegenüber Euro und Dollar.

## Großbritannien: Wachsende Schulden

Staatsschulden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



2010, 2011: OECD-Prognose  
Quelle: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Stiftungen

# Deutschland engagiert sich

Trotz der Wirtschaftskrise wurden im Jahr 2009 in Deutschland 914 Stiftungen neu gegründet. Damit sind seit 2000 mehr dieser Einrichtungen entstanden als in der gesamten bundesdeutschen Geschichte zuvor. Deutschland ist eines der stiftungsfreundlichsten Länder Europas.

Im Jahr 2009 kamen in Westdeutschland 854 neue Stiftungen hinzu, in Ostdeutschland waren es 60. Zum Jahresende gab es damit laut Bundesverband Deutscher Stiftungen 17.372 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts in Deutschland (Grafik). Das sind 6 Prozent mehr als Ende 2008.

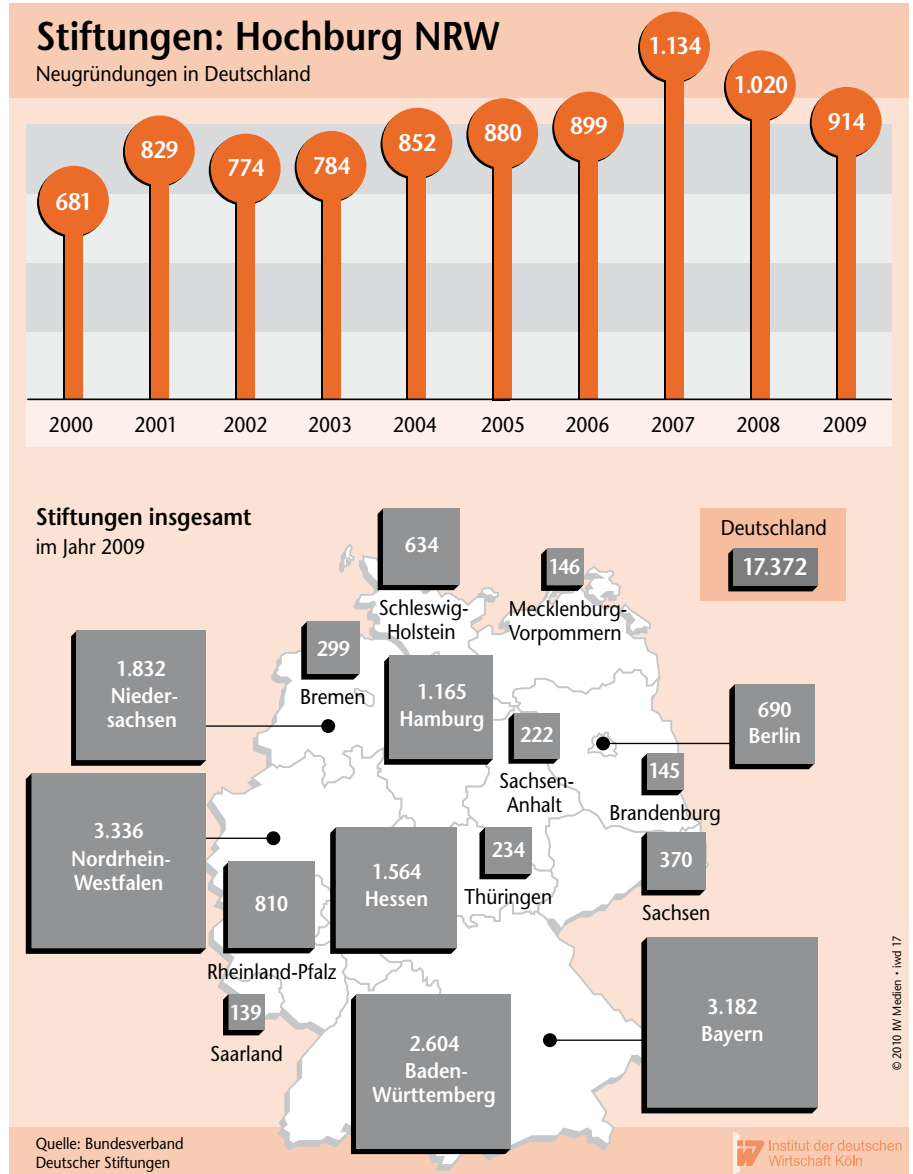
Allerdings ist die Zahl der neu gegründeten Stiftungen im Vergleich zu den beiden Vorjahren gesunken. Ihren bisherigen Höhepunkt erlebte die Stiftungswirtschaft 2007 mit 1.134 Neuerrichtungen – 2008 waren es 1.020.

Stiftungen sind definiert als Vermögensmasse, die einem bestimmten Zweck auf Dauer gewidmet ist – meist sind es gemeinnützige Aufträge im sozialen oder kulturellen Bereich.

Ein Drittel der Stiftungen verfolgt soziale Ziele, zum Beispiel die kostenlose Tafel „Immer satt“ für Kinder und Jugendliche beim Don-Bosco-Orden in Essen. Für „Kunst und Kultur“ sowie „Bildung und Erziehung“ engagieren sich je 15 Prozent dieser Einrichtungen. In den Dienst von Wissenschaft und Forschung stellt sich mehr als jede zehnte Stiftung. Weitere 4 Prozent haben sich den Umweltschutz auf die Fahnen geschrieben. Zusätzlich widmen sich 17 Prozent anderen gemeinnützigen Zielen, der geringste Teil dient privaten Zwecken.

**Ungefähr ein Fünftel aller Stiftungen in Deutschland hat ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Auf Platz zwei und drei der stiftungsreichsten Länder rangieren Bayern und Baden-Württemberg.**

Engagierteste Stadt war im vergangenen Jahr Würzburg mit 76 Stiftungen auf 100.000 Einwohner. Damit verdrängte die unterfränkische Stadt die jahrelange Stif-



tungshochburg Frankfurt am Main von Platz eins. Dort kamen im vergangenen Jahr 71 und in Hamburg 65 Freiwilligeninitiativen auf 100.000 Einwohner.

Die größte Stiftung privaten Rechts ist die Robert Bosch Stiftung, die mit einem Vermögen von mehr als 5,18 Milliarden Euro unter anderem Projekte in den Bereichen Wissenschaft, Gesundheit und Völkerverständigung fördert. Privatrechtliche Stiftungen gibt es in unterschiedlichen Formen, auch der Staat kann eine solche errichten – wie die Studienstiftung des Deutschen Volkes. Auf Platz zwei der größten Stiftungen liegt die Dietmar Hopp Stiftung mit ei-

nem Vermögen von 2,9 Milliarden Euro, auf Rang drei folgt die VolkswagenStiftung mit 2,37 Milliarden Euro.

Immer beliebter werden Bürgerstiftungen. In deren Rahmen widmen sich Bürger dem Gemeinwohl in ihrer Region. Im Jahr 2009 gab es 235 Bürgerstiftungen in Deutschland – 185 von ihnen tragen das Gütesiegel des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. In diesen Stiftungen engagieren sich 15.000 Stifter mit etwa 345.000 Stunden im Jahr. Die meisten Bürgerstiftungen kümmern sich z.B. um Jugendliche, Bildung und Erziehung. Zuletzt betrug das Volumen dieser Einrichtungen rund 100 Millionen Euro.

Tag der Arbeit

# Der DGB fordert eine heile Welt

Den diesjährigen „Tag der Arbeit“ stellt der Deutsche Gewerkschaftsbund unter das Motto „Gute Arbeit, Gerechte Löhne, Starker Sozialstaat“. Gefordert werden ein grundlegendes Umdenken in der Gesellschaft hin zu mehr staatlicher Kontrolle und ein nachhaltiges Wirtschaften. Dass solche politischen Forderungen im Sinne der meisten Arbeitnehmer sind, darf allerdings bezweifelt werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) geht in diesem Jahr mit klaren Forderungen an die Politik in den „Tag der Arbeit“:

**Zeitarbeit.** Hier soll der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchgesetzt werden. Nach Auffassung des DGB wird die Zeitarbeit nämlich dazu missbraucht, die Löhne der Stammbeschaften zu drücken. Außerdem sei die soziale Lage der Zeitarbeiter schlecht. Sie trügen ein höheres Entlassungsrisiko als andere Arbeitnehmer, seien häufiger krank und stärker von Armut bedroht – heißt es im Maiaufruf.

Der Blickwinkel des gewerkschaftlichen Dachverbands auf die Zeitarbeit ist jedoch extrem eingeschränkt. Gerade geringqualifizierte Arbeitslose können auf diese Weise relativ einfach wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden.

**Unterm Strich bekommt jeder vierte Arbeitnehmer, der bei einer**

## Gewerkschaften: Mitglieder laufen davon

| in 1.000                                  | 2000    | 2009    | Veränderung 2009 gegenüber 2000 in Prozent |
|-------------------------------------------|---------|---------|--------------------------------------------|
| <b>DGB insgesamt</b>                      | 7.772,8 | 6.264,9 | <b>-19</b>                                 |
| davon:                                    |         |         |                                            |
| IG Bauen-Agrar-Umwelt                     | 539,7   | 325,4   | <b>-40</b>                                 |
| Transnet                                  | 320,4   | 219,2   | <b>-32</b>                                 |
| Ver.di                                    | 2.538,3 | 2.138,2 | <b>-28</b>                                 |
| IG Bergbau, Chemie, Energie               | 891,6   | 687,1   | <b>-23</b>                                 |
| Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten | 260,8   | 204,7   | <b>-22</b>                                 |
| IG Metall                                 | 2.763,5 | 2.263,0 | <b>-18</b>                                 |
| Gewerkschaft der Polizei                  | 188,2   | 169,1   | <b>-10</b>                                 |
| Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft   | 270,3   | 258,1   | <b>-5</b>                                  |
| <b>Christlicher Gewerkschaftsbund</b>     | 304,7   | 283,2   | <b>-7</b>                                  |
| <b>Deutscher Beamtenbund</b>              | 1.205,2 | 1.282,6 | <b>6</b>                                   |

Ver.di 2000: Summe der fünf im Jahr 2001 zu ver.di fusionierten Einzelgewerkschaften ohne Deutsche Angestelltengewerkschaft; Ursprungsdaten: Gewerkschaften

© 2010 IWM Medien · iwd 17

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### Zeitarbeitsfirma ausscheidet, eine Stelle beim Entleihbetrieb.

Außerdem ist der Anstieg der Zeitarbeiterzahl im letzten Aufschwung von einem massiven Beschäftigungsaufbau bei den Stammbeschaften begleitet worden. Allein in der M+E-Industrie entstanden viermal so viele feste Stellen wie Zeitarbeitsplätze. Dabei erhalten Zeitarbeitnehmer mindestens den vom DGB ausgehandelten Zeitarbeitstarif.

**Mindestlohn.** Der DGB verlangt mittlerweile mindestens 8,50 Euro pro Stunde – bisher waren es 7,50 Euro. Mit der neuen Forderung versucht der Gewerkschaftsbund, zu anderen politischen Akteuren aufzuschließen. So will die Linkspartei populistische 10 Euro je Stunde.

Die neue DGB-Größenordnung würde indes bedeuten, dass die Lohnuntergrenze künftig bei rund 48 Prozent des Durchschnittslohns läge. Das gefährdet Jobs. Der Hinweis, in anderen Ländern hätten ähnliche Regelungen keinen Verlust von Arbeitsplätzen mit sich gebracht, zieht nicht. In Großbritannien lag der gesetzliche Mindestlohn zuletzt nur bei 38 Prozent des Durchschnittseinkommens.

Auch in Frankreich sind die Verhältnisse etwas anders, als es den Anschein hat. Die DGB-Forderung entspricht zwar dem französischen Niveau. Dort erstattet aber der Staat den Unternehmen, die Mindestlöhne zahlen, einen Teil ihrer Sozialversicherungsbeiträge.

Der gewerkschaftliche Dachverband geht jedoch noch deutlich über solche konkreten Anliegen hinaus – er strebt einen grundlegenden Umbau in Richtung starker und fürsorgender Staat an. Dieser soll „Zockern und Spekulanten“ klare Grenzen setzen. Er soll ferner die Schere zwischen Arm und Reich schließen und Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Pflege verlässlich absichern. Zudem müsse die Regierung mehr tun, um den sozialen Aufstieg durch Bildung und Arbeit zu ermöglichen.

Ob der Gewerkschaftsbund mit solchen Umbauplänen den Nerv der meisten Arbeitnehmer trifft, ist fraglich. In Mitgliederzuwächsen haben sich frühere Aktionen dieser Art jedenfalls nicht niedergeschlagen (Grafik).

**Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.**

Für Adressaufkleber